Abonnement pränumerando M. 2.50 durch die Post M. 2.75. — Inserate werden die Petitzeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet, 3 Mal Wiederholung bis 12 Mitt. Zu Neustadt: Hr. Markert, 3 mal am Wochentagen bis 9 Uhr. Morgens. Die Spaltige Petitzeile, 6 Silben 15 Pfg. Unter Eingesandt Zeile 30 Pfg. Eine Garantie für das nächstägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben. Anfrage-Briefe Inseraten-Aufträge gegen Briefmarken oder Nachnahme. Zahlung durch Briefmarken oder Nachnahme 6 Silben 15 Pfg. Inserate für Montag oder nach Festtagen Petitzeile 20 Pfg. Inserate nehmen an: Annoncen-Bureau von Haasenstein u. Vogler, Rud. Mosse, Daube u. Co., Invalidendank, G. Mitter-Berlin, R. Fiet-Magdeburg, J. Barck-Halle, B. Arndt-Berlin W., A. Steiner-Hamburg, Plotnie-Leipzig. Für Rückgabe eingel. Manuscripte keine Verbindlichkeit.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Aepfelwein
eigener Kelterei
à Liter 40 Pf., in Gebinden von 20 Litern an billiger, von 10 Ltrn. an freie Zusendung im Stadtbezirk, empfiehlt
C. H. Kühn,
Dresden-N.,
Böhmische Str. 1.

Grabdenkmäler
aus dunklem Syenit, Marmor, Serpentin, Granit und Sandstein in reicher Auswahl empfiehlt
Hermann Stein, Blasewitzerstraße 1a.
Filiale: am alten Neustädter Friedhof.
Geschäft gegründet 1829.

Geschäfts- und Contobücher,
eigener Fabrikat,
als: Hauptbücher, Strazzen, Cassabücher, Memoriale, Factorenbücher, Reisebücher, Copirbücher und Wechselcopirbücher. Wir verwenden für Contobücher die besten Patentpapiere und garantiren für solide Einbände. Ausführliche illustrirte Preislisten werden gratis abgegeben und nach auswärts franko versandt.
J. Bargon Söhne. Dresden,
Wilsdrufferstr. 21b. u. Sophienstr. 6 am Postplatz.

Moritz Klingner,
Augustusstrasse Nr. 4 (Bazar de voyage),
empfiehlt zur billigen und praktischen Reise
Fournier-Reisekoffer
als Unicum der Leichtigkeit, Solidität und Eleganz.
Grösste Auswahl von Taschen-Necessaires etc.

Clemens Zschäckel's Restaurant, Hotel Amalienhof. Spezialität: Augsburger Kronen-Bräu.
Perle Bayerns. Alleiniger Ausschank.

Nr. 126. 30. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. | Witterungs-Aussichten siehe Seite 10. | Dresden, 1885. | **Mittwoch, 6. Mai.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Alle Bemühungen der Börse und der ihr dienstbaren Börsen-Zeitungen waren in den letzten Wochen darauf gerichtet, die Börsensteuer an die Wand zu drücken. Zu diesem Behufe wurden die unglaublichsten Manöver vorgenommen. Erst wurde der von den Konservativen eingebrachte Börsensteuer-Entwurf als etwas Unausführbares hingestellt und als ein lächerliches Unding ausgegeben; dann setzte es die Hochfinanz durch, daß noch der preußische Staatsrath zusammengetrommelt wurde, um der Börsensteuer ein Bein zu stellen. Als sich ergab, daß auch dieser Staatsrath die prozentuale Besteuerung der Börsengeschäfte für etwas recht wohl Ausführbares und Nützliches ansah, wurden über die Stellung des Fürsten Bismarck zu der Angelegenheit schofle unwürdige Gerüchte verbreitet. Zuletzt klammert man sich an den Bundesrath: Der soll die Börsensteuer zu Falle bringen. Denn im Reichstag — das stand von vornherein fest — ist eine feste, sichere und große Mehrheit für diese gerechteste aller Steuern vorhanden. Jene Berechnung, daß der konservative Börsensteuerantrag noch zuletzt an der bundesräthlichen Hafeneinfahrt scheitern würde, gründet sich darauf, daß auffälligerweise der Bundesrath unterlassen hatte, aus eigener Kraft einen Börsensteuer-Entwurf auszuarbeiten, wie er es am vorigen Reichstage gethan. Diese gesetzgeberische Mühe hat der sonst mit Dampf-Destillation arbeitende Bundesrath dem Reichstag überlassen und es wird immer ein Ruhmestitel der Konservativen bleiben, daß sie sich durch die auffällige Laubheit des Bundesraths nicht abhalten ließen, ihre Pflicht gegen die Allgemeinheit der Steuerzahler zu thun und einen wohldurchdachten Gesetzentwurf über die Besteuerung der Börsenumsätze einreichten. Derselbe ist, wie alles Menschenwerk, nicht in allen Theilen ein vollendetes Werk und bedarf in seinen Einzelheiten gewiß der Verbesserung; aber Wer sich weigert, diese Verbesserungen vorzunehmen, sagt damit, daß ihm die Vortheile der Börse höher stehen, als die lebendigen Interessen der Allgemeinheit.

Es ist eben unmöglich, länger noch die Börse in Deutschland unbesteuert zu lassen, während Ackerbau, Handwerk, Industrie und persönliches Einkommen der Beamten doppelt und dreifach besteuert sind. Die Drohung, die Börse würde auswandern, ist so lächerlich, daß sie Niemanden mehr schreckt. Erstens würde Niemand im Reiche einem solchen Auszuge eine Thräne nachweinen und dann fühlt sich die Börsenwelt in Deutschland so wohl, daß sie gar nicht an eine Auswanderung denkt. Wo anders, als in Deutschland, ist denn die Börse unbesteuert? In Frankreich bringt sie über 100 Millionen ein, bei uns geberdet sich aber die Börsenwelt so, als ob mit der Börse zugleich der ganze Handel getroffen würde, wenn man eine prozentuale Besteuerung der Börsengeschäfte mit den nöthigen Kontrolemaßregeln einführt, die sich bei allen derartigen indirekten Steuern, wie auf Bier, Branntwein und Zucker, von selbst verstehen und die sich Jedermann gefallen lassen muß. In allen Staaten, die Etwas auf ihre Selbstständigkeit halten, ist die Börse angemessen besteuert. Nur in Deutschland sind wir noch nicht so weit und darum ist es doppelt an der Zeit, die Börsenherren fühlen zu lassen, daß nicht sie, sondern die landesfürstliche Gewalt herrscht. Von einer Befragung von Sachverständigen, worauf immer gedrängt wird, kann man sich auch keinen Erfolg versprechen. Es klingt harmlos, daß Sachverständige erst noch die Rückwirkung der Börsensteuer auf das Geschäftsleben prüfen und die Einzelheiten des Geschäftsverkehrs untersuchen sollen. Unter diesen „Sachverständigen" verstehen aber die Börsenmänner nur solche Leute, in deren Interesse es liegt, von der Börsensteuer befreit zu bleiben oder dieselbe so einzurichten, daß sie nicht die Börse, sondern das Publikum trifft. Es wiederholt sich die Erscheinung, daß, wenn von der Börsensteuer die Rede ist, die Vertreter der Steuerfreiheit der Börse einen ganzen Wald von Schwierigkeiten hervorkramern, daß den Vertretern dieser Steuer schwarz vor den Augen werden möchte. Es giebt aber noch höhere Rücksichten, als das Arbitragegeschäft der Börse. Niemand bestreitet die Nothwendigkeit, in der Börse eine gesellschaftliche Einrichtung zu erhalten, die im staatlichen Organismus ihre hohe, werthvolle und segensreiche Bedeutung hat. Zur Regulirung des Geldmarktes ist ein derartiges Sammelbassin unentbehrlich und sein volkswirthschaftlicher Nutzen für die Ansammlung, den Austausch und die Verwerthung der Ersparnisse der Nation ist so handgreiflich, daß darüber gar kein Wort zu verlieren ist. Niemand beseindet den ehrlichen Erwerb im Handel, und speziell im Börsen-Verkehr und -Geschäft. Wir sind vielmehr stets auch für dessen pflegliche Schonung durch die Staatsgewalt eingetreten. Was jedoch nicht ferner zu ertragen, das ist die brutale Gewinnsucht, die kein Interesse hat, als die Plusmacherei um jeden Preis, die dabei nicht vor den unlautersten Mitteln zurückschreckt. Die vielgerühmte Arbitrage, von der man dem Fürsten Bismarck einen ganz falschen Begriff beizubringen verstanden hat, so daß derselbe sich für deren Schonung auszusprechen verleiten ließ, ist im Grunde genommen Nichts als eine gewaltige Pumpe, um den Wohlstand der Völker auszusaugen. Rühmte doch der „Börsen-Courier" als eine der gewaltigsten Leistungen der Berliner und Frankfurter Börse, daß diese es mittelst des Arbitragegeschäfts fertig gebracht habe, die nach Deutschland geflossenen Milliarden der Kriegskontribution wieder zum Lande hinauszubringen. Das Arbitragegeschäft der Berliner Börse, auf das sie sich so viel einbildet, ist günstigenfalls nur eine Rankkonkurrenz mit auswärtigen Börsen. Wahrhafte Sozialreformer erklären denn auch, nicht die Börsensteuer sei die Hauptsache, sondern die Börsenreform. Das Streben solle weit mehr darauf gehen, daß der Werthbesitz des Volkes, der jetzt in einer völligen Umstülpung durch die Börse begriffen ist, wieder stabil gemacht, daß dem unausgesetzten Feilmachen allen Eigenthums, wie es der Börsenschwanz der Agenten, Makler und Galopins betreibt, eine Grenze gezogen werden. Durch diese Feilmacherei, in deren Strudeln alle Erübrigungen vom nationalen Arbeitsertrage zu verschwinden drohen, werden alle Lebensverhältnisse locker gemacht oder auf Schrauben gestellt; die ganze Nation geräth dadurch in Unruhe, Verwirrung und Verluste, an denen sich eine ganz geringe Zahl von Personen bereichern, das ganze Volk verliert seinen materiellen und moralischen Halt. Immerhin gewährt eine Besteuerung der Börsengeschäfte die Möglichkeit einer Reform der Börse, namentlich wenn die Kontrolvorschriften genügende sind. Es ist im höchsten Grade charakteristisch, daß selbst diejenigen Reichstagsparteien, die am Gängelbande der Börse tanzen, die Deutschfreisinnigen und die Sozialdemokraten, nicht mehr wagen für die Steuerfreiheit der Börse einzutreten. Schlau aber, wie sie sich wenigstens einbilden zu sein, suchen sie ihre Hülfsorge für ihre materielle Nährmutter, die Börse, dadurch zu verhüllen, daß sie die Einführung einer Börsensteuer von der Bedingung abhängig machen, daß der Ertrag dieser Steuer zur Aufhebung des Petroleumzolles und der Salzsteuer oder zur Begründung eines Arbeiter-Invalidenfonds verwendet werde. Diese Sorte von Popularitätshascherei ist doch zu durchsichtig! Wer an Etwas eine Bedingung knüpft, von der er bestimmt weiß, daß sie der Andere niemals erfüllen kann, sagt damit nur, daß er die Sache selbst nicht will. Deutschfreisinnige wie Sozialdemokraten wollen aber die Fortdauer der Steuerfreiheit der Börse und der jetzigen Börsenjobberei, weil sie dabei die besten Geschäfte machen. Gerade aber die Einwirkung des jetzigen Börsentreibens auf alle Erwerbsverhältnisse der Nation hat wesentlich mit das Heranwachsen der Sozialdemokratie verschuldet. Der Reichskanzler hat offenbar in seiner Beschäftigung mit der hohen Politik noch nicht genügende Zeit gefunden, tiefere Blicke in diesen ursächlichen Zusammenhang der Dinge zu thun: er hat dem lästigen Rathe der „Börsensachverständigen" zu bereit sein Ohr geliehen, sonst hätte er nicht so wenig stichhaltige Einwände gegen den baldigen Erlaß eines Börsensteuergesetzes vorgebracht. Die Freude darüber ist an der Börse groß; das Gesetz wird also mindestens aufgeschoben und Zeit gewonnen — Alles gewonnen. Bis zum nächsten Reichstage, wo frühestens ein neues Börsensteuergesetz eingebracht werden könnte, kann ja Mancherlei geschehen, denkt die Börse. Leider hat sie darin Recht.

Noch ist zwar Manches unklar und unbestimmt betreffs der Friedensaussichten, aber die ganze Situation hat ihre Spannung verloren. Man nennt die Herzogin von Edinburgh, bekanntlich eine russische Prinzessin, als Diejenige, der es gelungen sei, den gordischen Knoten mit ihren Rosenfingern zu entwirren; Andere wollen wissen, daß außer dem Zaren besonders die Zarin für Herbeiführung eines friedlichen Arrangements besonders thätig sein soll. Gleichviel: Alles läßt sich hoffnungsvoller an. Die englischen Minister traten mit höflichen Mienen aus dem Berathungszimmer. Entscheidend dürfte sein, ob die Russen wirklich einige von ihnen besetzt gehaltene Punkte aufgeben. Das wäre so gut wie eine Bürgschaft für eine friedliche Verständigung, die nach den neuesten Erklärungen der englischen Minister nunmehr so gut wie gewiß ist.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 5. Mai.

Berlin. Der Reichstag genehmigt in dritter Lesung die Uebersicht der Reichseinnahmen und Ausgaben in den Jahren 1882/83 und setzt dann die zweite Berathung der Börsensteuer fort. Abg. Bamberger (deutschfreisinnig) bekämpft die Vorlage. Alle Erwerbsinteressen, die des Handwerks sowohl wie die des Händlers, konzentriren sich immer in den Bewegungen des Kapitals. Die vorgeschlagene Steuer sei keine Steuer auf den Gewinn, sondern eine Steuer auf den Erwerb. Die Debatte sei bisher akademisch geführt worden. Der Reichskanzler habe gestern sein Fragezeichen an der richtigen Stelle gemacht. Die Sicherheit des Arbitragegeschäftes, die Herr v. Wedell-Malchow hervorhob, sei gerade sehr zweifelhaft. Wolle man aber die Arbitrage besteuern, so sei es jedenfalls das kleinere Uebel, wenn man nur die Effektenarbitrage besteuere, die Wechselarbitrage aber freilasse. Der Unterschied zwischen Comptant- und Zeitgeschäft lasse sich schwer definiren; Der telegraphisch angewiesene Verkauf von Wechseln, der erst nach einigen Tagen durch Uebergabe der Wechselurkunden realisirt werden könne, würde möglicherweise als Zeitgeschäft gelten, während ihn heute alle Welt für ein Comptantgeschäft hält. In dem Geschäftsverkehr der Börse komme das Bedürfniß der Bevölkerung zum Ausdruck und die dadurch geschaffenen Verhältnisse seien mächtiger als alle Gesetze. Der unsolide Spekulant, der nicht eine Million besitze und täglich 15 Mill. umsetze, frage nicht nach der Steuer, denn er wisse, daß es bei ihm um Kopf und Kragen gehe; nur der sorgfältig rechnende Kaufmann werde durch die Steuer schwer betroffen. Wie wolle man zwischen selbstproduzirten und nicht selbstverfertigten Waaren unterscheiden? Der Reichskanzler wolle nur den Zwischenhandel treffen; es scheint damit nur der Handel in Inner-Europa gemeint zu sein, denn einzelne Kaufmannsfürsten, die internationalen Handel treiben, fänden bereits Anerkennung. Der Ausdruck „börsenmäßige Usance" sei ebenso horribel, als wenn Jemand erkläre, er stehe dem Gesetz sympathisch gegenüber. Schon das neue Aktiengesetz habe in die Entwickelung unseres wirthschaftlichen Lebens störend eingegriffen und wir haben keinen Grund, diese Verhältnisse noch schwieriger zu gestalten. Beschwere man nur einen Theil des Geschäftsverkehrs mit Steuern oder anderen Einschränkungen, so wirke das auf alle geschäftlichen Verhältnisse nachtheilig zurück. Er hoffe, daß das Gesetz nicht zu Stande komme. (Beifall links.) Abg. v. Helldorf-Petra (konserv.) bezeichnet die Schilderung des Vorredners von den Wirkungen einer Besteuerung des Effekten- und Waarenverkehrs für übertrieben. Am schwersten würden durch dieselbe der ungesunde Arbitrageverkehr getroffen. Der Wechselverkehr beziehe sich, wie Bamberger selbst ausführte, auf das Geschäft mit dem Auslande und wo unsere Kapitalien in's Ausland gehen, sei eine hohe Steuer am Platze. (Sehr richtig!) Die steuerfrei zu lassenden Geschäfte bedürften einer präcisieren Feststellung, welche bis zur dritten Lesung beantragt werden soll. Bei dem jetzt herrschenden Besteuerungssystem gehe das allgemeine Gefühl dahin, auch die Börse entsprechend heranzuziehen. Wenn die Herren links das hindern oder erschweren, mögen sie auch die Verantwortung dafür vor dem Volke tragen. (Sehr richtig!) Er bittet die Herren daher, die Sache nicht so leicht zu nehmen und nicht zu glauben, daß es sich hier um einen rein theoretischen Versuch handele. (Beifall rechts.) Abg. Dr. A. Meyer (deutschfreis.): Die Grundlagen, auf denen die Vorlage beruhe, seien derart, daß die Linke schlechterdings nicht mit helfen könne. Die Börse vereitle dem Landwirthe das Geld zu einer Zeit, wo er es braucht und die Spekulation übernehme die Gewähr für die Leistungen der Landwirthschaft. Die Arbitrage sei nichts weiter als die Hinleitung des müßigen Kapitals dahin, wo es gebraucht wird. Wo Course hoch stehen, werde Kapital gebraucht. Wechsel- und Effektengeschäfte ließen sich nicht unterscheiden, der Wechsel sei gewissermaßen nur der Schatten, den das Effektengeschäft an die Wand werfe. Abg. Kayser: Bismarck's gestrige Rede sei eigentlich nur die Fortsetzung seiner neulichen Rede über die Züchtung der Millionäre. Die Besteuerung der Börsenspekulation sei gerechtfertigt, das Börsenspiel habe nichts mit solidem Erwerb zu thun. Er hätte gewünscht, daß die Kommission zu einer Emissionssteuer gekommen wäre. Reichskanzler Fürst Bismarck bestreitet, daß das Zustandekommen des Gesetzes aufgegeben sei. Seine gestrige Rede bezweckte nur, diejenigen Abänderungen zu veranlassen, welche den Bundesrath ermöglichen, einfach Ja zu sagen und damit unnützes Hin- und Herschieben der Vorlage zwischen Bundesrath und Reichstag zu vermeiden. So lange wir Goldwährung haben, sei die Arbitrage ein vielfach nothwendiges Hilfsmittel, eine übermäßige Bedeutung lege er ihr nicht bei. Sie werde mit einem mysteriösen Schleier umgeben, und spiele die Rolle des guten Rathgebers. Die Herren von der Börse sollten nicht hindern, wenn die Sache ad Calendas graecas vertagt werde. Er wünsche dessen, daß die Sache ad Calendas graecas vertagt werde. Er wünsche dessen, daß die Sache noch in diesem Monat zur Verabschiedung zu bringen. Für Milderung der Kontrolemaßregeln sage er seine Bundesgenossenschaft zu, nicht aber für Herabsetzung der Steuersätze. Nach weiterer Debatte wird der nationalliberale Antrag (abgekürzter Fixstempel) abgelehnt, dafür stimmen nur die Nationalliberale... Die prozentuale Besteuerung (1/10 pro Mille Kassageschäfte, 1/20 pro Mille Zeitgeschäfte) wird mit 177 gegen 74 Stimmen angenommen. Dafür stimmen die Konservativen, die Reichspartei, das Centrum und die Sozialdemokraten, dagegen stimmen die Freisinnigen und die Nationalliberalen. Der Rest der Vorlage findet mit einem die Kontrolemaßregeln modifizirenden Amendement Annahme. Hierauf wird die Berathung vertagt.

Berlin. Der Generalkonsul Nachtigal starb an Bord des Kanonenbootes „Möve" auf hoher See am 20. April am periodischen Wechselfieber und wurde am 21. April am Kap Palmas begraben. — Der Kreuzzeitung zufolge würde der Landtagsschluß nächsten Sonnabend Abend erfolgen.

Berlin. Im Abgeordnetenhause veranlaßte eine Massenpetition polnischer Familienväter um Unterstellung des Schulkreises unter Geistliche, die Vermehrung der Religionsstunden und die Bevorzugung der polnischen Sprache als Unterrichtssprache eine lebhafte Debatte, in dem die Polen und das Centrum die Regierung heftig angriffen. Schließlich wurde über die Petition zur Tagesordnung übergegangen. Morgen findet die Interpellation wegen Ausweisung nicht preußischer Polen statt.

Paris. Der engere Suezkanal-Ausschuß beschloß, daß im Falle des Unvermögens Egyptens, den Suezkanal zu vertheidigen, ausschließlich die Türkei hierzu berufen sei, da die Uebertragung dieses Rechtes auf eine andere Macht ihr absolut verboten sein soll. — In Amiens erregte die Wahl von vier konservativen Munizipalräthen einen Volksaufstand, der das Einschreiten der Gendarmerie nothwendig machte. Die Gendarme mußten blinde Schüsse abgeben, um sich der Angreifer zu erwehren.

Berliner Börse. Die Friedensaussichten, die günstige Wirkung der gestrigen Börsensteuerdebatte des Reichstags und die Verstaatlichungsgerüchte veranlaßten Meinungskäufe und umfangreiche Deckungen. In Folge dessen stiegen die Course auf allen Gebieten rasch und erheblich. Spekulative Bankpapiere hatten bei prozentweise höheren Coursen lebhafte Umsätze. Kreditaktien schlossen 7 1/2 M., Diskonto-Gesellschaft 3 1/4, Deutsche Bank 2 Proz. höher. Von deutschen Bahnen erzielten Mecklenburger infolge von Verstaatlichungsgerüchten eine Besserung von 4 Proz. Leitende Bahnen durchweg erheblich höher, ebenso spekulative Montanwerthe. Große Umsätze hatten fremde Renten, besonders neue Russen, die um 1 3/4 Proz. stiegen. Im Kassaverkehre herrschte feste Tendenz bei lebhaftem Geschäft, besonders bestand für Brauereien und Bauwerthe Interesse.

Frankfurt a. M., 5. Mai. Credit 236 3/8. Staatsbahn 246 1/2. Lombarden 117 1/2. Galizier 229 1/2. Egypter 64 1/2. 4proc. Ung. Goldrente 78 1/2. Gotthardbahn —. Disconto 193,81. Schwächer.

Wien, 5. Mai. Credit 288,00. Staatsbahn 300,50. Lombarden 131,70. Nordwestbahn 166,60. Marknoten 60,85. Ung. Credit 288,75. Verstimmt.

Paris, 5. Mai. Schluß. Rente 79,50. Anleihe 108,22. Italiener 94,15. Staatsbahn 620,00. Lombarden 287,50. do. Prioritäten —. Spanier 58,06. Cert. Goldrente —. Egypter 331,00. Ottomanen 537,00. Behauptet.

London, 5. Mai, Vorm. 11 Uhr 10 Min. Consols 98. 1873er Russen 92 1/2. Italiener 93. Lombarden 11 1/4. Türken 15 15/16. 4proc. fund. Amerikaner 124 1/2. 4proc. Ungar. Goldrente 77 1/4. Oesterr. Goldrente 85. Preuß. Consols 102 1/2. Egypter 63 1/2. Ottomanbank 11 1/2. Suez-Actien 80. — Stimmung: Fest. — Wetter: Regnerisch.

Stettin, 5. Mai, Nachm. 1 Uhr. (Getreidemarkt). Weizen flau, loco 170—174, pr. Mai-Juni 174,00, pr. Juni-Juli 175,50, pr. Septbr.-October 182,50. Roggen flau, loco 140—143, pr. Mai-Juni 143,00, pr. Juni-Juli 146,00, pr. September-October 150,50. Rüböl flau, pr. Mai-Juni 49,50, pr. Septbr.-October 52,00. Spiritus fest, loco 41,60, pr. Mai-Juni 42,40, pr. Juli-August 44,00, pr. August-September 45,00. Petroleum, alte Usance 20 Procent Tara Cassa 1/4 Procent 7,90.

Lokales und Sächsisches.

— Ihre Majestät die **Königin** wird auf der Rückreise von Bellaggio nach Venedig berühren und alsdann einige Tage in Morawetz in Mähren zubringen.

— Generalmajor und Brigade-Kommandeur **von Holleben** hat sich auf Urlaub nach Schlesien begeben.

— Gestern Vormittag 10 Uhr wurden durch Herrn Oberbürgermeister Dr. Stübel die für die „**Wohlgemeinte Stiftung**" auf der Chemnitzerstraße erworbenen Räumlichkeiten mit entsprechendem Akt eröffnet. Es bildet die Stiftung ein Asyl für, wie es vom Stifter bezeichnet wurde, „gefallene aber sonst sittlich unbescholtene Mädchen", die daselbst ihre Entbindung abwarten und noch einige Zeit gepflegt und unterstützt werden sollen. Das betreffende Asyl ist zur Aufnahme von etwa 15 Mädchen eingerichtet.

— Man hat versucht, die Einführung des **czechischen Gottesdienstes** in der katholischen Kirche als etwas ganz Unverfängliches hinzustellen, gleichsam als ein Seitenstück zu dem besonderen wendischen Gottesdienst für die in Dresden wohnenden katholischen Wenden. Die letzteren sind aber sächsische Staatsbürger, so daß eine gewisse Rücksichtnahme auf ihre kirchlichen Bedürfnisse ganz gerechtfertigt ist. Die Czechen aber sind keine deutschen Reichsbürger, im Gegentheil, von einem glühenden Haß gegen Deutschland beseelt, während noch Niemand an der Loyalität der Wenden gegen Sachsen gezweifelt hat. Wenn die Czechen wissen, daß sie in Dresden ihren Gottesdienst in ihrer Sprache bereitet bekommen, so muß das ihre Einwanderung nach Sachsen begünstigen und wird sie künftig abhalten, das zu thun, was bisher ihre in Dresden eingewanderten Landsleute für das Nöthigste hielten: nämlich Deutsch zu lernen. Bereits hören wir denn auch, daß dieselben Herren, die einen czechischen Gottesdienst eingerichtet haben, damit umgehen, eine **czechische Volksschule** in Dresden zu errichten. Es liegt System in dieser Sache! Die katholische Geistlichkeit ladet eine schwere Verantwortlichkeit auf sich, wenn sie einen nationalen Zankapfel in unsere friedlichen Zustände wirft. Kirchenrechtliche Streitigkeiten sind uns bisher, Gott sei Dank, erspart geblieben; Sachsen kennt den famosen „Kulturkampf" nur aus Preußen; soll etwa mit Hülfe einzelner katholischer Geistlichen ein Nationalitätenstreit inszenirt werden? Wie wenig damit den Katholiken selbst gedient ist, beweist eine uns zugehende Zuschrift eines streng gläubigen Sohnes der römischen Kirche. Man macht einzelnen katholischen Geistlichen den Vorwurf einer zu weit gehenden Rücksicht auf die Czechen. So finden sämmtliche Stellen, bei welcher die geistliche Behörde in Dresden das Besetzungs- oder Vorschlagsrecht hat, meist durch Wenden, Böhmen oder solche junge Nichtsachsen, die eine gute Position im katholischen Gesellenverein zu behaupten verstehen, ihre Neubesetzung, während Dresdner Bürger oder Einwohner sächsischer Staatsangehörigkeit in den seltensten Ausnahmen berücksichtigt werden. Den Beweis dafür erbringt die letzte Besetzung der Hausvaterstelle im katholischen Waisenhause, der Kirchnerstelle an der katholischen Kirche in Friedrichstadt, der Hausmannsstelle an der 1. kath. Bezirksschule und anderer Kirchendienerstellen an der katholischen Hofkirche. Diesen Thatsachen gegenüber müßte eine größere

Oswald Leupold, Tischlermstr., Freibergerplatz 8.
Jalousie-Fabrik und Reparaturwerkstatt.